

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.

Liebe Mitglieder und Freunde,

wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung durch Beiträge oder Spenden. Eine Flut neuer und alter Aufgaben zwang uns, den Mitgliedsbeitrag auf 40 Euro zu erhöhen. Kommen Sie doch mal wieder und schauen Sie sich an, was aus der Pressehütte geworden ist - verbinden Sie dies mit der Ausstellung „Zerreißprobe Frieden“ im Haus der Geschichte Stuttgart.

Ein Besuch lohnt sich. Ich möchte Ihnen aber auch ein Buch empfehlen. „Tschernobyl - Eine Chronik der Zukunft“, erschienen im Aufbau Taschenbuch Verlag. Es ist kein erbauliches Buch und der 26.4.1986 liegt noch nicht lange zurück, aber man muss es gelesen haben. Swetlana Alexijewitsch hat über mehrere Jahre mit Menschen gesprochen, für die der GAU in Tschernobyl zum zentralen Ereignis ihres Lebens wurde: Personal der Atomkraftwerke, Frauen verstrahlter Feuerwehrmänner und deren Schilderung vom langsamen Kriechen ihrer geliebten Männer, aber auch Wissenschaftler, Ärzte, Umsiedler, Rückkehrer, aufräumende Soldaten. In diesem Buch geht es weniger um das Ereignis selbst. Es sind vielmehr Erinnerungen, Gedanken und Gefühle, denen die Autorin nachspürt. Fast alle Personen sind unmittelbar Betroffene, die in Gesprächen bereit waren, die teilweise mühsam verdrängten Empfindungen wieder hochkommen zu lassen. Besonders erschreckend: noch heute taucht beim Erscheinen von Militärfahrzeugen bei vielen Russen panische Erinnerung an das deutsche Militär auf. Die Frankfurter Rundschau schreibt über dieses Buch: „Ein ungeheuerliches Requiem der Klage und der Anklage, mit dem sich die Autorin ohne Zweifel neben Dostojewskis: Aus dem Totenhaus, Tschechows: Die Insel Sachalin und Solschenizyns: Der Archipel Gulag gestellt hat.“

Mit herzlichen Grüßen! Für den Vorstand

Ihre Marianne Späh

10

DU und das zweite Nuklearzeitalter

Im WDR war im Mai die Dokumentation „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ zu sehen.

In dieser Sendung wurde gezeigt, wie Tedd Weymann vom kanadischen „Uranium Medical Research Center“ Bodenproben aus einem Gebäude nahm, welches von einer erd eindringenden Rakete getroffen wurde - die Rakete bohrte sich durch mehrere Stockwerke. Zudem nahm Herr Weymann Urinproben von Menschen, die in der Nähe Lebensmittel verkaufen. Diese Proben wurden gemeinsam mit den Urinproben einiger US-Soldaten, die seit dem letzten Irakkrieg dort stationiert waren, in einem Frankfurter Labor untersucht. Das Ergebnis der Soldaten wurde am 2. April 2004 in der New York Daily News als Titelstory an Millionen von LeserInnen abgedruckt. Die Presseerklärung besagt: „Uran im Urin. Neuartige Untersuchungsmethoden erlauben Nachweis der Uran-Kontamination von Soldaten und Zivilbevölkerung durch amerikanische Waffen im Irak. Dr. A. Gerdes, Forscher am Institut für Mineralogie der Universität, hat eine Methodik zur Bestimmung der Uran-Isotopenzusammensetzung im Urin am NERC (Natural Environment Research Council) Isotopenlabor in Nottingham mitentwickelt, und kann jetzt aufgrund der apparativen Ausstattung in Frankfurt noch kleinerer Anteile angereicherter Urans in biologischen und geologischen Proben exakter bestimmen, als dies bisher in anderen Laboren weltweit möglich war.“

Die Ergebnisse der Bodenproben aus dem Gebäude wurden in dem oben genannten Film veröffentlicht und beweisen, was der unabhängige Waffenforscher Dai Williams schon länger befürchtete und in seinen Untersuchungen über die Waffenpatente der USA zum Vorschein brachte: erd eindringende Waffen (Raketen, bunker buster etc), die offiziell als konventionelle

Waffen eingestuft werden, beinhalten DU.

DU in großen Bomben (Raketen etc.) kann mit einem Gewicht bis zu einer Tonne vorhanden sein und richtet im Körper, inhaliert oder auch über Lebensmittel aufgenommen, schwere Schäden an. Die offizielle Berechnungsmethode über radioaktive Risiken der UN-Institutionen schließt die gesundheitlichen Auswirkungen interner Verstrahlung durch radioaktive Partikel aus. DU ist ein „stiller Töter“, dessen Auswirkungen sich in den extremen Krankheitsbildern im Südirak schon seit 1991 zeigen. Aus dem Pentagon hören wir nichts zu deren spezifischen Plänen mit diesen Waffen, die auch in der Anti-Atomwaffenbewegung noch zu sehr vernachlässigt werden.

Vor diesem Hintergrund sollten wir die neue Atomwaffenstrategie noch mal betrachten und bedenken, dass wir schon oft mit offiziellen Plänen konfrontiert wurden, deren illegale Praxis längst in die Realität umgesetzt wurde:

Otfried Nassauer schreibt in dem Artikel „Das zweite Nuklearzeitalter“: „Das wichtigste Beratungsgremium des Pentagon setzt auf neue Atomwaffen [Mininukes] und die Entwicklung einer Vielzahl konventioneller strategischer Waffen [mit DU- depleted uranium]“...und er schreibt unter Absatz „Niedriger Kollateralschäden“: „Die Studie rät, künftige Präsidenten sollten bei strategischen Offensivschlägen „die Wahlmöglichkeit“ zwischen konventionellen [mit DU] und nuklearen Waffen haben. Das derzeitige Programm zur `Indiensthaltung und der Verlängerung der Lebensdauer` vorhandener Nuklearwaffen, das `Stockpile Stewardship Program`, sei falsch dafür ausgerichtet. Es halte viel zu viele relativ große Atomsprengköpfe weiter im Dienst, die massive Kollateralschäden hervorrufen würden und deshalb kaum eingesetzt werden können. Wichtiger sei, sich auf die Waffen zu konzentrieren, die „für die künftige Bedrohungsumgebung relevanter sind“, darunter neue und neuartige Nuklearwaffen. Es gelte „die Erforschung neuer Waffentypen zu initiieren“, die „einen deutlich niedrigeren Kollateralschaden hervorrufen (Präzision, Erd eindringfähigkeit, deutlich reduzierte radioaktive Strahlung)“, robust funktionieren, leicht herzustellen und zu warten sind. ...Schließlich – so argumentiert die Studie am Beispiel tief verbunkelter Ziele – könne es auch sinnvoll sein, spezielle Ziele mit einem Mix konventioneller und nuklearer Waffen anzugreifen.“



Uranmunition in der BRD

Nach Berichten des US-War-Department vom 30.10.1943 hat Deutschland im Oktober 1943 den Einsatz von Radioaktivität als Kriegswaffe vorbereitet. Im Sommer 1943 hat Deutschland die Wolfram-Importe aus Portugal gestoppt. Stattdessen wurde befohlen, Uran für die Produktion von Hartmantelgeschossen zu verwenden. Damit ist die Uranmunition eine Technologie aus Deutschland.

Nach Presseberichten hat der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern die Uranmunition in den frühen siebziger Jahren weiterentwickelt. Ein deutscher Professor aus Göttingen erklärte, Rheinmetall hätte ihm angeboten, die Testschüsse mit verschiedenen Projektilen aus abgereicherten Uran zu überwachen, die Rheinmetall hergestellt hat. Nach Aussagen des Hamburger Friedensforschers Götz Neudeck sei die Kanone des amerikanischen Panzers M-1, der die Uranmunition verschießt, dieselbe wie die des deutschen Panzers Leopard II. Der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern, der die Kanone für den Leopard II herstellt, besitzt auch die Lizenz für die amerikanische Kanonenfertigung. Auch Messerschmidt-Bölkow-Blohm hat Uranmunition über 17 Jahre lang getestet. Der Soldat Erich Schempp war 1982/83 beim Panzerbataillon 284 in Dornstadt bei Ulm stationiert. Während des Urlaubs im Sommer 1983 wurden zwei Panzerbesatzungen per Telegramm aus dem Urlaub geholt und nachgeschickt. Dort wurden mehrere Tage lang Schießversuche durchgeführt. Den Soldaten wurde lediglich gesagt, es handele sich um eine neue Munition mit höherer kinetischer Energie, die in der Lage wäre, alle bekannten Panzerungen zu durchbrechen. Soldat Schempp bemerkte nach seinem Einsatz in Munster ständige Müdigkeit und Kopfschmerzen, Schwächung des Immunsystems. Deshalb war er seit 1985 in ärztlicher Behandlung. Erst nachdem er in einer Fernsehsendung von Uranmunition erfahren hatte, konnte er den Zusammenhang erkennen. Oberstabsarzt Reimann teilte auf seine Anfrage mit, „seit wenigen Tagen sei bekannt, dass die Bundeswehr Uranmunition getestet hätte.“ Das Bundesverteidigungsministerium teilte dagegen mit, die Bundeswehr habe nie Tests mit Uranmunition durchgeführt.

An den folgenden weiteren Orten in der BRD ist es zum Einsatz bzw. zu Zwischenfällen mit der Uranmunition gekommen:

05.8.1981 in Fulda (Hessen): ein M-60 Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.
23.3.1982 in Lampertheim (Hessen): ein M-60 Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.
28.2.1985 in Schweinfurt (Bayern): ein Panzer mit Uranmunition brennt aus.
19.3.1985 in Garlstedt/Altenwalde (Niedersachsen):



A-10 Warzenschwein - Thunderbolt

Uranmunition wurde verschossen.

17.9.1986 Grafenwöhr (Bayern): Uranmunition wurde verschossen.

14.8.1988 Grafenwöhr (Bayern): ein Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.

20.9.1988 Gollhofen (Bayern): ein M-60 Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.

23.9.1988 Oberaltertheim (Bayern): ein Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.

08.12.1988 Remscheid (NRW): ein Panzerabwehrflugzeug vom Typ Fairchild A-10 stürzt über der Stadt ab. Es hatte wahrscheinlich Uranmunition an Bord. 7 Menschen, darunter der Pilot, verstarben, 50 werden zum Teil schwer verletzt.

16.5.1990 Wildflecken (Bayern): Uranmunition wurde verschossen.

Bis 1993 war das als „Warzenschwein“ bekannte A-10 Thunderbolt Kampfflugzeug, welches mit seiner Kanone pro Sekunde 60 Schuss Uranmunition verschießt, unter Geheimhaltung auf den Militärbasen in Nörvenich, in Ahlhorn, in Sembach und Leipheim mit jeweils 60 US Soldaten stationiert. Ab 1992 wurden die A-10 Thunderbolt mit den dazugehörigen US Einheiten dauerhaft in Spangdahlem stationiert, von dort aus kamen sie in Bosnien und im Kosovo zum Einsatz.

Der frühere Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, Hans Rühle, hat zugegeben, brisante Information dem Verteidigungsausschuss des Bundestages und sogar höchsten Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums verschwiegen zu haben. Er habe damals »alles getan, diese Informationen zu unterdrücken«, da sonst »eine politisch-psychologisch hochgefährliche Situation entstanden« wäre, so Rühle. Er habe gewusst, dass tausend strahlende Panzer mit Uranlegierungen in der BRD durch die Gegend fuhren und da es zu dieser Zeit Massenproteste gegen die Stationierung von neuen US-Atomraketen in Westdeutschland gab, hätten Schlagzeilen über krebserregende Panzerkolonnen auf deutschen Straßen das Fass womöglich zum Überlaufen gebracht. Sein Bekenntnis zu klassischer Desinformationspolitik bestätigt, dass uranbestücktes Kriegsgerät in der Bundesrepublik Deutschland immer gegenwärtig war. **mk ●**

<http://www.bundeswehrrabschaffen.de>



Foto: Marion Kämpfer

Dr. Helen Caldicott

IPPNW Kongress

7. - 9. Mai 2004

Mit international bekannten Persönlichkeiten, wie Dr. Helen Caldicott vom Nuclear Policy Research Institute- (USA) und mit groß angelegten Abendkonzerten, lud die IPPNW zu ihrem Europäischen Kongress in die Urania in Berlin ein.

Überwältigend war das Interesse an den Workshops über die europäischen Atomtransporte, wo sich am Samstag über 150 Menschen in einen engen Versammlungsraum zwängten.

Bei den Themen zu Atomwaffen im großen Konferenzsaal nahmen nur ca. 70 Menschen teil. Erfreulicherweise gab es am Sonntag mit dem südirakischen Arzt Jawad Al Ali und dem britischen Experten über radioaktive Niedrigstrahlung Dr. Chris Busby einen Podiumsvortrag und einen anschließenden Workshop zu DU- depleted uranium. Leider wurde der Workshop zu 80 % mit weiteren Vorträgen von anderen DU Aktivisten vorweg bestimmt, wodurch es bis auf wenige Fragen kaum Raum für wirkliche Diskussionen gab.

Dies war vor allem vor dem Hintergrund dieser seltenen und wichtigen Gäste sehr schade.

Dennoch sind hier sehr wichtige zukünftige Bausteine gelegt worden.

So waren bestimmte Inhalte zu DU auch für Dr. Helen Caldicott neu und es folgten Einladungen für Dr. Busby zu Vorträgen in die USA.

Da die Kritik über zu wenig Raum für Diskussion sehr breit geäußert wurde, sollte hier bei zukünftigen Konferenzen ein wesentlich größerer Schwerpunkt gelegt werden. **mk ●**

Nach Geheimverhandlungen mit den anderen Atommächten legten die USA im März dem Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zur „Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ vor. Massenvernichtungswaffen sollen nicht in terroristische Hände fallen. Unter Bezug auf das Kapitel 7 der UN-Charta, das Zwangsmaßnahmen ermöglicht, verlangt die Resolution verbindlich von allen Staaten, Maßnahmen und Gesetze zu erlassen, die verhindern, dass „nicht staatliche Kräfte“ Zugang zu Massenvernichtungswaffen erhalten. ‚Abolition 2000‘, der weltweite Zusammenschluss von Friedensgruppen zur Abschaffung der Atomwaffen, kritisierte den Entwurf.

Er missachte die Abrüstungsverpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag.

Mit der Annahme des Resolutionsentwurfs erhielt der Sicherheitsrat die Rolle eines weltweiten Gesetzgebers. Dafür fehle jegliche Legitimation. Der deutsche Trägerkreis ‚Atomwaffen abschaffen‘ forderte die Bundesregierung brieflich auf, der Resolution nicht zuzustimmen.

In einer Anhörung vor der Abstimmung äußerten viele Staaten ähnliche Bedenken. Doch die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Komitee wird eingerichtet, das die Umsetzung der Nichtverbreitungsmaßnahmen überprüft.

Der deutsche UNO-Botschafter Pleugner kritisierte nach der Abstimmung, dass ‚Abrüstung‘ nur im Einleitungstext vorkomme, nicht bei den beschlossenen Maßnahmen. Weil die Resolution eine Lücke schließe, habe er dennoch zugestimmt. Er betonte aber, dass diese Resolution nicht zu unilateralen Zwangsmaßnahmen berechtige. Man kann dies als Versuch werten, gegen Proliferationsgefahren einen „neuen strategischen Konsens“ mit „allgemeinverbindlichen, transparenten Regeln“ zu finden und die USA von Gewaltanwendung im Alleingang abzuhalten. Aber solange keine greifbaren Fortschritte in der nuklearen Abrüstung gemacht werden, bleibt auch das Problem der Weiterverbreitung.

Es wäre besser gewesen, diese Frage in der gleichzeitig tagenden PrepCom zu behandeln und auf der Verknüpfung mit der Abrüstungsverpflichtung zu bestehen. Dem Atomwaffensperrvertrag wurde mit dieser Resolution kein guter Dienst getan.

wsh ●

Afghanistan - Tribunal

In Tokyo fand im November 2003 ein Internationales Tribunal zum Krieg gegen Afghanistan und den dort begangenen Kriegsverbrechen statt. Das Gremium aus Richtern, Anklägern und Verteidigung (für die USA) war international zusammengesetzt, darunter die Professoren Osamu Niikura und Asaho Mizushima aus Japan, Prof. Dr.R.I. Akroyd aus England, Prof. Peter Erlinder aus den USA und Prof. Niloufer Bhagwat aus Indien. Deutschland war mit Gyoergy Szell als einem der Ankläger vertreten.

Das Urteil des Tribunals, das im März 2004 veröffentlicht wurde, richtet sich in erster Linie gegen die Regierung der USA wegen Verletzung internationalen Rechts durch einen Angriffskrieg gegen Afghanistan, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverbrechen am afghanischen Volk und gegenüber Kriegsgefangenen, aber ebenfalls gegen die Regierungen, die an diesem Krieg und den damit verbundenen Verbrechen beteiligt sind.

Das Urteil des Tribunals gründet auf Internationalem Recht, das sowohl auf Völkerrechtsverträgen, wie auf „Völkergewohnheitsrecht“ basiert, d.h. auf internationalen Konventionen, die seit über hundert Jahren gelten - wie z.B. die Haager Kriegskonvention von 1899 und die Genfer Konventionen. Sie gelten für alle Staaten, auch diejenigen, die sie nicht unterzeichnet haben - im Gegensatz zu Völkerrechtsverträgen, an die sich nur die Unterzeichnerstaaten halten müssen.

Das Tribunal kritisiert auch, dass es bei den Kriegen gegen Afghanistan und Irak weniger um Terrorismusbekämpfung als vielmehr um den Zugang zu Ressourcen, vor allem Öl ging und beruft sich auf bekannte Dokumente,

darunter Strategiepapiere des ‚Project for the New American Century‘ (Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert), dem u. a. Dick Cheney und Donald Rumsfeld angehören. Angeklagt sind daher auch Konzerne wie Unocal und Centgas, die aufgrund ihrer Öl-Interessen einen starken Einfluss ausgeübt haben, der zu den Kriegen geführt hat.

Da die USA bis heute abstreiten, dass DU (Depleted Uranium = abgereichertes Uran) und Uranwaffen zu den international verbotenen Waffen gehören, gehen wir hier besonders darauf ein, wie das Tribunal dies beurteilt und um es vorwegzunehmen: Es definiert sie als Massenvernichtungswaffen, aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen für die Zivilbevölkerung und die benachbarten Länder der Region weit über die Kriegsgebiete hinaus.

Die USA verteidigen sich damit, dass es keine spezielle Konvention gibt, die den Einsatz von Uranmunition und Uranwaffen verbieten. Dem hält das Tribunal entgegen, dass es für das Verhalten in Kriegen im internationalen Völker- und Menschenrecht ausreichende und eindeutige Prinzipien gibt, die solche Waffen verbieten. Es bezieht sich u. a. auf die Unterkommission der UN Menschenrechtskommission, die festgestellt hat, dass ausreichende und eindeutige Prinzipien im internationalen Völker- und Menschenrecht existieren, die den Einsatz von Waffen nach bestimmten Kriterien verbieten (s. UN Dokument E/CN.4/Sub.2/2002/38 vom 27. Juni 2002)

Bildmitte: Loren Moret, hinter ihr Dr. Doug Rokke auf der Hamburger Uranwaffenkonferenz Okt.2003



Waffen gelten als geächtet wenn:

- ihre Auswirkungen nicht zwischen der Zivilbevölkerung und kämpfenden Truppen unterscheiden (d.h. wenn die Zivilbevölkerung nicht davor zu schützen ist)

- ihr Einsatz angesichts des militärisch verfolgten Ziels unverhältnismäßig ist

- ihr Einsatz die Umwelt großflächig und nachhaltig zerstört;

- ihr Einsatz unnötige Verletzungen und Leiden verursacht

Angesichts dieser Kriterien sind u. a. Clusterbomben, sowie Munition und Waffen mit abgereichertem Uran die in Afghanistan eingesetzt wurden, illegal und ihr Einsatz als Kriegsverbrechen einzustufen.

Es sind vor allem drei Zeugen, auf deren wissenschaftlichen Expertisen und Untersuchungsergebnissen das Urteil des Tribunals basiert, dass der Einsatz von Uranwaffen Völkermord gleichkommt: Leuren Moret, Präsidentin der Wissenschaftler für Indigene Völker, Berkely, Professor Katsuma Yagasaki von der Ryukyus Universität in Okinawa und Major Doug Rokke, ehemaliger Direktor des DU Waffen Projekts der US-Armee, der von 1994- 1995 für die Beseitigung von DU im Irak verantwortlich war und selbst an den Folgen von DU erkrankt ist. Außerdem beruft sich das Tribunal auf Dokumente und Statistiken, die auf der Internationalen Uranwaffenkonferenz in Hamburg (Oktober 2003) präsentiert wurden, sowie auf Dokumente des US-Militärs bzw. des Pentagon.

Daraus geht z.B. hervor, dass die USA bereits durch das ab 1943 durchgeführte Manhattan Project die Auswirkungen von Uran kannten. Diese Kenntnisse wurden aufgrund der durchgeführten Waffentests und zahlreicher Untersuchungen konkretisiert. In neuer Zeit hat Dr. Rokke die gesundheitlichen Auswirkungen von DU anhand seiner Aufräumarbeiten im Irak in einen Bericht für das Militär deutlich gemacht. Zudem hatte er ein Team von Militärs aus mehreren Ländern, darunter aus Deutschland, geleitet, um die Risiken der Uranwaffen zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden ignoriert, insbesondere von den USA und der NATO und unter Verschluss gehalten. In diesem Zusammenhang wurden auch Berichte der WHO (Weltgesundheitsorganisation) kritisiert, da die USA sich darauf berufen, dass die WHO keine alarmierenden Folgen von DU festgestellt hat. Inzwischen ist Kritik von beteiligten Wissenschaftlern der WHO selbst bekannt geworden, u. a. berichtet Dr. Keith Baverstock, dass die WHO einen Bericht aus dem Jahr 2001, an dem er mitgearbeitet hat, als „geheim“ klassifiziert wurde.

DU setzt beim Auftreffen radioaktive Partikel frei, die unmittelbar eingeatmet, später aber auch über die Nahrung aufgenommen werden. Vom Wind werden sie über weite Entfernungen getragen und verseuchen auch Regionen, die fernab vom eigentlichen Kriegsgebiet liegen – in einem Radius von rund 1000 Meilen. Als

erstes trifft es die direkten Nachbarländer, mittlerweile jedoch eine wachsende Anzahl von Ländern bis hin nach Indien und China. Bei einer Halbwertszeit von 4,5 Mrd. Jahren werden die betroffenen Gebiete ständig anwachsen, allein aufgrund der großen Mengen an Uran-Munition und –Waffen, die in Afghanistan und im Irak eingesetzt wurden. In unabhängigen Untersuchungen u. a. von Marc Herold und Dai Williams, die dem Tribunal vorlagen, wird geschätzt, dass mindestens 500 – 600 Tonnen an Uran allein in Afghanistan zum Einsatz kamen, während Dr. Mohammed Daud Miraki aus Afghanistan von mindestens 1 000 Tonnen ausgeht. Das dadurch verursachte Leiden der Bevölkerung, das sich aufgrund der genetischen Veränderungen in den kommenden Generationen fortsetzt, nennt das Uranium Medical Research Center „silent genocide - stiller Völkermord“

Obwohl das sog. „Golfkriegssyndrom“, an dem ein Drittel der 697 000 am 1. Golfkrieg beteiligten Soldaten erkrankt sind, in der Öffentlichkeit längst bekannt ist, wird der Zusammenhang mit DU von interessierter Seite geleugnet. Doch mittlerweile gibt es konkrete Untersuchungen, mit denen DU im Urin der Betroffenen nachgewiesen wurde. Die Folgen für die Bevölkerung, die in diesen Gebieten lebt, gehen weit über das hinaus, was wir vom Golfkriegssyndrom gehört haben, da die DU- Partikel dort auch in der Nahrungskette und im Trinkwasser enthalten sind.

Nach ausführlichen Darstellungen der begangenen Kriegsverbrechen in Afghanistan im Lichte des Völkerrechts kommt das Tribunal zu dem Schluss, dass es sich bei dem Hauptangeklagten, Präsident George W. Bush in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte um einen Kriegsverbrecher handelt, sodass die Bevölkerung, Soldaten und Beamte der USA berechtigt sind, ihm den Gehorsam und die Zusammenarbeit zu verweigern, entsprechend den Nürnberger Gesetzen, dass illegale Befehle nicht befolgt werden müssen.

Das Tribunal spricht u. a. die folgenden „Empfehlungen“ aus:

- den Einsatz von Uran- und DU- Waffen sofort zu beenden,

- ein Moratorium für ihre Produktion und Lagerung

- Die Zahlung von Reparationen an das afghanische Volk für die an ihm begangenen Kriegsverbrechen

- Auflösung der Firmen Unocal und Centgas aufgrund ihrer massiven Hinwirkung für die Kriege gegen Afghanistan und Irak

- Gesetze zur staatlichen bzw. unabhängigen öffentlichen Kontrolle der Waffenindustrie und Unternehmen, die dem militärisch-industriellen Komplex angehören

Übersetzt und zusammengefasst von Renate Domnick aus dem Urteil ●

Auf nach London!

Nein zu Neoliberalismus, Rassismus und Krieg:

Eine andere Welt ist möglich!

Ein anderes Europa ist nötig!

Das nächste Europäische Sozialforum findet vom 14.- 17. Oktober 2004 in London statt. Unter der Losung „Eine andere Welt ist möglich! Nein zu Neoliberalismus, Rassismus und Krieg!“ soll ein offener Raum entstehen, in dem Menschen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen, Hintergründen, Erwartungen und Erfahrungen gemeinsam diskutieren, streiten, nach Lösungen suchen und Aktionen verabreden.

Großbritannien ist das Musterland des Neoliberalismus in Europa und das Land, dessen Regierung sich ohne Einschränkungen am Krieg der US-Regierung gegen den Irak beteiligt. Wir wissen: alle Regierungen in Europa treiben eine Politik der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und die Militarisierung der eigenen und europäischen Außenpolitik voran. Hier in Deutschland ist es die rot-grüne Regierung, die mit der Agenda 2010, der Duldung der Besetzung des Iraks und der Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee politische Zeichen für eine solche Politik setzt.

Zunehmend wehren sich Menschen in allen Ländern Europas gegen eine Politik im Interesse der großen Profite. Wir wollen mit möglichst vielen Menschen nach London fahren, um unsere Erfahrungen im Kampf gegen Sozialabbau, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten, Krieg, Armut, gegen die Verschuldung der armen Länder, gegen Rassismus, Demokratieabbau und Umweltzerstörung auszutauschen. Wir werden die Chance nutzen, mit Aktiven aus den globalisierungskritischen Bewegungen Europas zusammenzukommen und Netzwerke zur Ausweitung der Gegenwehr zu schaffen und so auch die sozialen Bewegungen in Deutschland zu stärken.

Weitere Informationen: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. in Frankfurt/Main (c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt am Main, Tel. 069 – 24 24 99 50, Fax 069 – 24 24 99 51) e-Mail: Frieden-und-Zukunft@t-online.de und im Internet über www.fse-esf.org und www.dsfgsf.org. mk●